

„Bauernhöfe statt Tierfabriken“

Bund Naturschutz steht an der Seite der
„Ferkelnestgegner“ von Irnsing

von Peter Forstner BN Kreisvorsitzender



Der Bund Naturschutz kämpft zusammen mit Bürgerinitiativen, Agrar- und Tierschutzverbänden in einem inzwischen landesweiten Netzwerk an vielen Orten in Bayern gegen agrarindustrielle Großställe. So z.B. auch gegen das in Irnsing geplante „Ferkelnest“.

Für die BN Kreisgruppe Kelheim war es keine Frage sich in der Diskussion an die Seite der Irnsinger Bürger zu stellen und diese zu unterstützen.

Auf Unverständnis stößt die Art und Weise mit der die örtlichen Vertreter des Bayerischen Bauernverbandes einer solchen „Tierfabrik“ mit 13 000 Tieren in Irnsing das Wort reden.

(Siehe MZ Artikel Gespräch mit BBV vom 5. Juni 2014)

In den Sonntagsreden wird vom Bayerischen Bauernverband (BBV) gerne das hohe Lied vom Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft gesungen – im Alltag aber gilt es für die Familienbetriebe sich anzupassen oder auszuscheiden. **Seit dem Jahr 2000 haben etwa ein Drittel der Betriebe in Bayern aufgegeben.** Derzeit gibt es noch 93 000 Betriebe.

Ohne aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte gelernt zu haben, setzt der BBV weiterhin auf den sogenannten Strukturwandel in der Landwirtschaft, durch den sich zwar die Zahl der Betriebe stetig verringert, die Situation der verbliebenen Höfe aber nicht verbessert.

Am Ende dieses Strukturwandels, der durch eine falsche Förderpolitik, wie z. B. bei Agrargas und Massentierhaltung, auch noch angeschoben wird, steht zwangsläufig eine industrielle Landwirtschaft mit Agrarwüsten, Agrarindustrien und Tierfabriken.

Der Weltagrарbericht aus dem Jahr 2008 der Vereinten Nationen sieht die Landwirtschaft am Scheideweg. Ein „weiter wie bisher“ sei nicht möglich. Die bäuerliche Landwirtschaft ist als Schlüssel zur Sicherung der Ernährung – lokal und global – ausgemacht. Nicht umsonst wurde 2014 zum internationalen Jahr der bäuerlichen Familienbetriebe ausgerufen.

Die gesellschaftlichen Schutzgüter Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt könnten durch eine verantwortungsvolle bäuerliche Landwirtschaft besser geschützt werden als durch industriegleichen Landwirtschaftsstrukturen, bei denen es nur um die Rendite geht.

Unter dem Stichwort „Wir haben es satt“ gingen in Berlin im Januar diesen Jahres über 30 000 Menschen, darunter eine große Anzahl von Landwirten, für eine andere, bessere Agrarpolitik auf die Straße.

Für eine bäuerliche, ökologische, tierschutzgerechte und gentechnikfreie Landwirtschaft.

Für eine Landwirtschaft, die globale Entwicklungsfragen ebenso ernst nimmt, wie den fairen Handel und die Verantwortung für den Klimaschutz.

Für eine Agrarpolitik die zum Beispiel, um die Wettbewerbsgleichheit der bäuerlichen Landwirtschaft herzustellen, die gesellschaftlichen Leistungen im ökologischen und sozialen Bereich besser honoriert, bzw. den industriellen Betrieben die Folgekosten für die Natur- und Umweltschäden in Rechnung stellt.

Das geplante „Ferkelnest“ ist ein typisches Beispiel dafür, wenn für die wirtschaftlichen Interessen einiger Weniger die Allgemeinheit, sprich die Umwelt und die Anwohner die negativen Folgen zu tragen haben.

Aber nicht nur Sie, wir alle sind z.B. durch den seit Jahren stark ansteigenden, massiven Antibiotikaeinsatz in der Massentierhaltung betroffen. Ärzte stehen immer öfter vor dem Problem, dass die verschriebenen Antibiotika nicht mehr wirken. Ein Grund dafür sind die multiresistenten Keime, die betroffene Patienten bereits in sich tragen. Ein Teil dieser Keime kommen aus dem Umfeld der Landwirtschaft, bzw. aus den Ställen und gelangen über die Gülle auf die Felder. Das Fatale daran: antibiotikaresistente Keime gelangen so in die gesamte Nahrungskette. Die Gefahren und Zusammenhänge sind bekannt und durch Studien belegt. Doch anstatt zu handeln, zögert und zaudert die Politik. Man will sich anscheinend nicht mit der mächtigen Fleisch- und Bauernlobby anlegen.

Wer aber immer noch versucht, das Problem herunterzureden oder als Hysterie abzutun, treibt ein gefährliches Spiel mit der Gesundheit und dem Leben der Menschen.

Darüber hinaus bleiben Zweifel ob sich alle Landwirte ihrer Verantwortung für die Allgemeinheit wirklich bewusst sind.

Ein negatives Beispiel hierfür liefert ebenfalls der Betreiber des schon bestehenden Mastbetriebes in Irnsing. Nach einem, dem BN vorliegenden Prüfbericht der Immissionsschutzbehörde vom 30.04.2013, wurden bei einer Überwachung erhebliche Mängel, Überschreitungen bei der Tieranzahl um ca. 800 Tiere und die Errichtung und der Betrieb von Anlagen ohne bzw. mit nicht passenden Genehmigungen festgestellt.

Die BN Kreisgruppe hat hierzu einen umfangreichen Fragenkatalog nach dem Umweltinformationsgesetz an das Landratsamt gestellt und ist auf die Antworten gespannt.

In einer ersten Auskunft sollen voraussichtlich in einem förmlichen, immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung die Beanstandungen nachträglich aufgearbeitet werden.

Als Bund Naturschutz im Landkreis Kelheim sehen wir den Strukturwandel und die damit verbunden Probleme auch auf unseren landwirtschaftlichen Flächen im Landkreis.

Es geht dabei nicht darum die Landwirte zu verunglimpfen, sondern es muss erlaubt sein Fehlentwicklungen aufzeigen und nach Lösungsansätzen zu suchen.

In einem ersten längeren Gespräch mit dem örtlichen BBV und dem Landwirtschaftsamt haben wir als Bund Naturschutz deshalb versucht auszuloten, welche Lösungsansätze im Rahmen des kooperativen Natur- und Umweltschutzes möglich sind.

Wichtig ist dem BN dabei, die Problem aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten. Deshalb wurde zum Strukturwandel ein spezieller Gesprächskreis ins Leben gerufen. Ein erstes Treffen mit Jäger und Förster, Imker, konventionellen Landwirten und Biobauern hat bereits stattgefunden. Ein Schwerpunkt war der zum Teil dramatische Artenschwund der auf unseren Fluren fest zustellen ist.

Wer sich zukünftig ebenfalls in diese Diskussionsrunden einbringen will, ist herzlich dazu eingeladen und wendet sich bitte direkt an die BN Kreisgruppe Kelheim.

In einem nächsten Schritt soll versucht werden die Kommunalpolitiker Verstärkt in die Pflicht zunehmen.



Aufgenommen im Landkreis Kelheim südlich von Thaldorf